

B2 Lilly Pietsch

Tagesordnungspunkt: #7.1.1.1 Sprecher*in (quotierter Platz)

Ihr Lieben,

Wir leben in einer Zeit, in der politische und gesellschaftliche Krisen sich überlagern: Die Klimakrise, soziale Ungleichheit, der globale Rechtsruck und eine Bundesregierung, die immer häufiger den Rückwärtsgang einlegt. Während Friedrich Merz Probleme mit dem Stadtbild hat und seine rassistischen Aussagen weiterhin verteidigt, bauen CDU und SPD unter Bundeskanzler Friedrich Merz den Sozialstaat weiter ab, setzen auf Abschottung und unterstützen fossile Industrien.

Gerade jetzt braucht es eine Grüne Jugend, die unbequem bleibt – laut, solidarisch und konsequent links. Eine Jugendorganisation, die zeigt, dass Politik anders funktionieren kann: solidarisch, antifaschistisch, feministisch und ökologisch. Dafür kandidiere ich als Landessprecherin.

Klimagerechtigkeit – weil unsere Zukunft nicht verhandelbar ist

Die Klimakrise ist keine abstrakte Zukunftsgefahr, sie passiert hier und jetzt: Hitzesommer, Überflutungen, brennende Wälder. Überall zerstört der fossile Kapitalismus Lebensgrundlagen – doch die Bundesregierung hält weiter an fossilen Strukturen fest – von neuen Gasbohrungen vor Borkum bis hin zu Subventionen für klimaschädliche Industrien. Während die fossile Industrie Milliarden Gewinne einfährt, zahlen diejenigen, die ohnehin schon wenig haben, den höchsten Preis.

Klimaschutz scheitert nicht an mangelndem Wissen, sondern an einem Wirtschaftssystem, das auf Ausbeutung und Profit basiert. Solange kurzfristige Renditen wichtiger sind als die Lebensgrundlagen kommender Generationen, wird sich nichts verändern. Genau deshalb braucht es Druck von uns – von einer jungen, linken Bewegung, die den Mut hat, die Machtfrage zu stellen.

Klimagerechtigkeit bedeutet, soziale und ökologische Kämpfe gemeinsam zu führen. Es sind nicht die Arbeiter*innen, Pendler*innen oder Familien mit geringem Einkommen, die die Krise verursacht haben, doch sie tragen die schwersten Folgen. Klimaschutz darf nicht spalten, sondern muss verbinden: Er gelingt nur, wenn er gerecht gestaltet wird und Teil einer solidarischen Gesellschaft ist.

Ich will, dass die Grüne Jugend Niedersachsen weiter laut bleibt, wenn andere schweigen – gegen fossile Interessen, gegen Greenwashing und gegen eine Politik, die Verantwortung verschiebt. Wir kämpfen für eine Zukunft, in der Mensch und Umwelt Vorrang vor Kapitalinteressen haben. Denn echter Klimaschutz heißt, das System zu verändern – nicht nur seine Folgen zu verwalten. System Change – not Climate Change.

Soziale Gerechtigkeit – Zusammenhalt statt Abstiegsangst

Während sich Superreiche an den Krisen bereichern, wissen immer mehr Menschen nicht, wie sie die steigenden Lebenshaltungskosten stemmen sollen. Mieten explodieren, Lebensmittelpreise steigen, Energie wird zum Luxusgut – und viele fragen sich, wie sie über den Monat kommen sollen. Gleichzeitig kürzt die Bundesregierung Sozialleistungen, schiebt Verantwortung auf überforderte Kommunen ab und diffamiert Bürgergeldempfänger*innen. Diese Politik spaltet – und sie spielt den Rechten in die Hände.



Über mich:

Pronomen: sie/ihr

24 Jahre alt

Studiere Jura und Sozialwissenschaften in Hannover

Seit 2017 bei den Grünen und der GJ

Seit 2021 Kommunalpolitikerin

Soziale Gerechtigkeit ist das Rückgrat jeder demokratischen Gesellschaft. Wenn Menschen in Unsicherheit leben, wächst der Raum für Angst, Neid und Ausgrenzung. Deshalb bedeutet linke Politik für mich, Sicherheit neu zu definieren: nicht als Kontrolle oder Überwachung, sondern als soziale Verlässlichkeit. Es geht darum, dass niemand zurückgelassen wird, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, ob in Ausbildung, im Beruf oder in der Rente.

Friedrich Merz und die CDU betreiben Klassenkampf von oben, doch auch viele politische Entscheidungen der letzten Jahre haben Ungleichheit verfestigt statt sie zu bekämpfen. Als Grüne Jugend müssen wir laut sein wo andere schweigen – denn soziale Gerechtigkeit ist keine Randnotiz, sondern der Kitt, der unsere Gesellschaft zusammenhält.

Wir brauchen keine Kürzungspolitik, sondern echte Umverteilung. Dazu gehören eine Vermögenssteuer für die Reichsten, ein höherer Mindestlohn, ein Mietendeckel, ein solidarisches Rentensystem und eine Kindergrundsicherung, die Armut beendet statt sie zu verwalten.

Soziale Sicherheit ist die Grundlage für Demokratie. Wenn das Gefühl besteht, die eigene Lebensrealität spielt keine Rolle, wächst der Raum für rechte Hetze und autoritäre Antworten. Deshalb gilt: Linke Politik muss immer sozial sein. Sie muss solidarisch handeln, Ungleichheit bekämpfen und den Mut haben, Verteilungskonflikte offen zu benennen.

Antifa heißt Wohlfahrtsstaat – denn nur in einer solidarischen Gesellschaft haben Hass und Ausgrenzung keinen Platz.

Feminismus – intersektional, gerecht, solidarisch und unbequem

Wir leben im Jahr 2025 – und noch immer ist Gewalt gegen Frauen* und queere Menschen bittere Realität. Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Expartner ermordet. FLINTA* übernehmen den Großteil unbezahlter Sorgearbeit, verdienen weniger, erfahren Sexismus und Queerfeindlichkeit – in der Schule, auf der Arbeit, in der Politik. Dies ist kein Zufall, sondern Teil eines patriarchalen und kapitalistischen Systems, das Macht und Abhängigkeit aufrechterhält.

Feminismus bedeutet, diese Strukturen anzugreifen – nicht sie zu verwalten. Solange Frauenhäuser fehlen, die Umsetzung der Istanbul-Konvention stockt und feministische Forderungen belächelt werden, ist Gleichberechtigung nur eine Floskel. Wir brauchen eine Politik, die Gewalt gegen FLINTA*s nicht als Einzelfälle behandelt, sondern als das, was sie ist: strukturelle Gewalt.

Feminismus ist für mich immer intersektional. Er bedeutet, dass wir Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier, sondern in allen Bereichen durchsetzen: für soziale Gerechtigkeit, gegen rechte Ideologien und für Klimagerechtigkeit. Denn Diskriminierung hat viele Gesichter: Rassismus, Klassismus, Queerfeindlichkeit, Ableismus. Echte Gleichberechtigung lässt sich nur erreichen, wenn wir diese Machtverhältnisse in all ihren Dimensionen angehen.

Als Grüne Jugend müssen wir feministische Praxis leben – in unseren Strukturen, in unseren Diskussionen und in unserem Auftreten nach außen. Wir müssen uns fragen: Schaffen wir Räume, in denen alle gehört werden? Lernen wir voneinander, anstatt übereinander zu reden? Feminismus bedeutet auch, Macht zu teilen, Verantwortung zu übernehmen und solidarisch zu handeln.

Ich will, dass wir als Verband laut bleiben, wenn andere leiser werden. Dass wir patriarchale Strukturen nicht hinnehmen, sondern sie benennen und aufbrechen – in der Gesellschaft und in unseren eigenen Reihen. Denn Feminismus ist keine „Nebenaufgabe“. Er ist Widerstand gegen ein System, das Menschen abwertet, klein hält und ausbeutet.

Feminismus heißt, für alle einzutreten – für Selbstbestimmung, gleiche Rechte und eine Welt, in der niemand Angst haben muss, so zu sein, wie sie*er ist. Genau dafür will ich kämpfen – innerhalb der Grünen Jugend, auf der Straße und überall dort, wo Gerechtigkeit verteidigt werden muss.

Kommunalwahlen 2026 – Zukunft vor Ort gestalten

Im nächsten Jahr stehen in Niedersachsen die Kommunalwahlen an – und sie werden entscheidend dafür sein, wie wir in unseren Städten, Gemeinden, Dörfern und Landkreisen leben. Denn hier vor Ort zeigt sich, ob Politik wirklich etwas verändert: Denn hier vor Ort zeigt sich, ob Politik wirklich etwas verändert: Ob und wie häufig der Bus fährt, ob es sichere Fahrradwege gibt, ob Jugendzentren geschlossen oder gefördert werden, ob Wohnraum bezahlbar bleibt und ob queere und feministische Projekte Unterstützung erfahren.

Gerade für junge Menschen sind diese Wahlen eine große Chance. Viele von uns erleben, dass politische Entscheidungen oft weit weg getroffen werden – doch die Kommunalwahlen sind eine Chance, unsere Lebensrealität politisch mitzugestalten. In den Kommunen zeigt sich, dass Veränderung möglich ist.

Als Grüne Jugend wollen wir zeigen, dass linke, ökologische und solidarische Politik nicht nur in Landtagen oder im Bundestag stattfindet, sondern in jeder einzelnen Kommune. Wir müssen den Rechten und Konservativen, die Kulturhäuser schließen, Klimaschutz blockieren und soziale Projekte kürzen etwas entgegensetzen: Eine Politik, die Hoffnung macht und Zukunft gestaltet.

Ich möchte, dass wir als Grüne Jugend Niedersachsen in diesem Wahljahr sichtbar und mutig sind – mit klaren Forderungen, solidarischen Bündnissen und einer Haltung, die Menschen verbindet statt sie gegeneinander auszuspielen. Wenn wir laut, ehrlich und solidarisch auftreten, können wir zeigen, dass Politik von unten wirkt: nahbar, gerecht und zukunftsorientiert.

Kommunalpolitik ist nicht die kleine Schwester der großen Politik – sie ist der Ort, an dem Veränderung beginnt. Hier entscheidet sich, ob unsere Vision von einer gerechten, klimagerechten und solidarischen Gesellschaft Wirklichkeit wird.

Ihr Lieben,

Ich bin vor acht Jahren zur Grünen Jugend gekommen und seit vier Jahren kommunalpolitisch aktiv. In dieser Zeit habe ich gelernt, dass Veränderung immer dort beginnt, wo Menschen sich zusammenschließen, unbequem bleiben und nicht aufgeben, an eine bessere Zukunft zu glauben. Politik bedeutet für mich nicht die Verwaltung des Status quo, sondern der Mut, Dinge grundsätzlich anders zu denken – gerechter, feministischer und solidarischer.

Ich kandidiere als Landessprecherin, weil ich überzeugt bin: Genau jetzt braucht es eine Grüne Jugend. Eine Jugendorganisation, die laut bleibt, wenn andere schweigen. Eine Bewegung, die linke Perspektiven in die Partei trägt, soziale Kämpfe verbindet und zeigt, dass Klimagerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit nur gemeinsam funktionieren. Wir müssen Räume schaffen, in denen junge Menschen sich einbringen, ihre Stimme finden und ihre Zukunft selbst gestalten können.

Lasst uns gemeinsam laut, unbequem und solidarisch sein. Denn eine gerechte, feministische und klimagerechte Gesellschaft entsteht nicht von allein – wir müssen sie erkämpfen. Genau dafür trete ich an.

Bei Fragen meldet euch gerne bei mir.

Wir sehen uns in Goslar!

Liebe Grüße eure Lilly :)